

# Woll-, Tapezier- u. Portefeullee-Zeitung

Organ  
des Deutschen Woll-, Tapezier- u. Portefeulle-Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Ansp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brückenstraße 10 b<sup>III</sup>

Verleger: Willi Wollschläger Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

## Die Gewerkschaftliche Frauenzeitung erscheint wieder.

Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ wird vorerst einmal im Monat erscheinen im Umfange von acht Seiten. Den Ortsverwaltungen, welche weibliche Mitglieder in ihren Reihen haben, geht die Nr. 1 mit unserer Verbandszeitung Nr. 3 in angemessener Anzahl zugleich zu.

Bei den beschränkten Raumverhältnissen kann in unserem Verbandsorgan der Aufklärung der weiblichen Mitglieder nicht die erforderliche Sorgfalt gewidmet werden. Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ wird auch in einer Form redigiert werden, die geeignet ist, das Interesse der erwerbstätigen Frauen an der Organisation neu zu erwecken und zu befruchten.

Es liegt nun an den Ortsverwaltungen, dafür zu sorgen, daß die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ in die Hände der weiblichen Mitglieder gelangt und auch gelesen wird.

Wir freuen uns, daß dieser alte Kampfgenosse wieder erstanden ist. Nachdem die Krise überwunden, ist dies ein erfreuliches Zeichen der Neuerkennung der Gewerkschaften.

## Betriebsrätewahlen 1925.

In den Monaten März und April werden alljährlich die Betriebsrätewahlen vorgenommen. Der Vorstand des DGB hat die Drisarbeiten bereits angefordert, diese Neuwahlen vorzubereiten. Es ist aber auch notwendig, daß unsere Ortsverwaltungen sich selbst für diese Neuwahlen lebhaft interessieren. Es hat sich längst herausgestellt, daß die Gewerkschaften die Vorteile, die das Betriebsrätegesetz ihnen gewährt, nicht in vollem Umfange wahrzunehmen wissen. Es fehlt anscheinend an Persönlichkeiten, die den Willen und das Zeug haben, die Rechte und Interessen ihrer Mitarbeiter in den Betrieben so, wie es notwendig ist, wahrzunehmen. In vielen Betrieben gibt es weder einen Betriebsrat, noch einen Betriebsratenausschuss. Mit übertriebenem Radikalismus ist erfassungsgemäß von einzelnen Betriebsräten schon mehr Schaden angerichtet worden, als den Arbeitern in den Betrieben genützt worden ist. Deshalb erscheint es notwendig, daß unsere Ortsverwaltungen bei jedem Umfah halten nach geeigneten Persönlichkeiten, die sowohl über Rechte und Pflichten der Betriebsbelegschaften wie der Unternehmer genügend informiert sind und die auch den nötigen Takt besitzen, dies erfolgreich zu verwerten zum Wohle und Nutzen der Genannten.

Bei dieser Umfah dürfte sich wohl leider vielfach herausstellen, daß die Teilnahme an den veranstalteten Unterrichtskursen zur Schulung von Betriebsräten nicht so gewuens ist, wie es notwendig war im Interesse der Sache. Da müssen die Ortsverwaltungen sich ernstlich umfahen und nachprüfen, was veräumt wurde und nachgeholt werden kann und muß.

Wiesack werden unsere Ortsverwaltungen der Betriebsrätefrage nicht die Bedeutung beigelegt haben, die sie verdient. Man hat sich darüber hinweggesetzt mit dem billigen Argument: für unseren Beruf hat die Frage nicht den Wert wie für die großen Berufe mit den Betrieben, in welchen Hunderte und Tausende von Arbeitern beschäftigt werden. Wenn das auch an sich richtig ist, so muß man doch bedenken, daß es viel mehr darauf ankommt, alle fähigen Kräfte ausfindig zu machen, zu schulen und für den Emanzipationenkampf reif zu machen. Auch in unseren Reihen muß das geschehen, sonst bleiben wir ganz entschieden in der Entwicklung zu höheren Kulturstufen zurück.

Es hat überhaupt den Anschein, als ob der Betriebsrätefrage seitens der Belegschaften in den Be-

trieben nicht das notwendige Interesse beigelegt wird. Nachdem sich die Feinerzeit an die Einführung des Rätegesetzes geknüpften Erwartungen nicht sozusagen über Nacht erfüllten, ist das Interesse der Masse merklich abgeklaut. Daß sich eine Umwandlung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems in ein System einer Gemeinschaft nicht von heute auf morgen vollziehen kann, will eben schwer in alle Köpfe hinein.

Der Betriebsrätegedanke muß noch ungemein vertieft werden, bis er Gemeingut aller Volksgenossen wird. Heute herrscht das Prinzip des Privateigentums in der menschlichen Gemeinschaft, und selbst der einfache Arbeiter handelt und unterliegt diesem Prinzip in viel stärkerem Grade, als ihm selbst bewußt ist. Um wieviel stärker dieses Prinzip ganz naturgemäß in den Hirnen der Besitzenden verankert ist, kann sich jeder leicht vorstellen. Aber auch diese Kreise müssen für das Prinzip der Umgestaltung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform in eine gemeinwirtschaftliche gewonnen werden. In dieser Aufgabe können wir nicht mit geschlossenen Augen vorbeigehen oder gar so tun, als wenn sie gar nicht existierte.

Von gewisser Seite macht man sich die Arbeit der Umgestaltung des heutigen Wirtschaftssystems sehr leicht. Man sucht den Massen einzureden, als wenn es kinderleicht sei, durch Errichtung einer proletarischen Diktatur Herrschaft das Wirtschaftssystem von Grund aus zu ändern.

Wer darüber nachdenkt, was dazu gehört, die verschiedenen Elemente in unserem Gesellschaftsleben durch eine Diktatur zwingen zu wollen, ein Wirtschaftssystem anzuerkennen und es durchzuführen, von dessen Notwendigkeit sie nicht überzeugt sind, der wird bald einsehen müssen, daß dazu weder Güte noch Gewalt ausreicht. Keine Gewalt wäre imstande, die Rätebege zu verwirklichen und ihr zu fruchttragendem Gedeihen zu verhelfen.

Das Betriebsrätegesetz in seiner heutigen Beschaffenheit ist allerdings auch völlig ungeeignet und unzureichend, die Umstellung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform in eine gemeinwirtschaftliche zu bewerkstelligen. Die Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter können nur dadurch überwunden werden, daß letztere sowohl als Produzenten wie Konsumenten den Unternehmern gleichgestellt werden.

Wenn dieses Ziel fest im Auge behalten wird, und wenn alle unsere Ortsverwaltungen bestrebt sind, die Mitglieder anzuregen, daß sie tüchtig werden, ihre Interessen und Rechte, die ihnen das Betriebsrätegesetz gewährt, wahrzunehmen, dann kommt auch die Zeit, wo weitere Fortschritte gemacht werden können. Von Etappe zu Etappe müssen wir uns vorwärts kämpfen. Deshalb keine Gleichgültigkeit, auch wenn es manchmal so scheint, als habe die Betriebsrätefrage für euch wenig Bedeutung. Diese Bedeutung kann überraschend schnell kommen. Dann müßt ihr aber wohl vorbereitet sein, sonst geht die Stunde ungenützt vorüber. Deshalb folgt den Weisungen der Driskarteile und laßt euch nicht von anderer Seite beeinflussen, klammert euch nicht an falsche Hoffnungen, denn ohne Saat gibt es keine Ernte!

## Der Wettkampf um die Rohstoffe.

Der Mensch hat von jeher den Kampf um die besten Futterplätze mit seinesgleichen in rücksichtslosster Weise geführt. In unserer Zeit spielt sich das natürlich in anderen Formen ab als in der Vergangenheit. War es früher der Kampf um die besten Weideplätze und Jagdgründe, der die Menschen zur gegenseitigen Vernichtung reizte, so ist es heute der Kampf um die Rohstoffe, welche die moderne Industrie zur Herstellung ihrer Erzeugnisse bedarf. Wir nennen nur Kohle, Salze, Oele, Erze und sonstige Mineralien. Aber auch Tee, Kaka, Kaffee, Pfeffer und andere Naturprodukte bilden die Ursachen, um welche unter den Völkern heftig gerungen wird.

In neuerer Zeit hat die Entwicklung der Produktion Riesenschritte gemacht. Die Kapitalisten haben riesige Konzerne gebildet mit gewaltigen Kapi-

tallen. Ihr Streben geht dahin, die einzelnen Produktionszweige völlig in ihre Hand zu bekommen, vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat den Produktionsprozeß völlig zu beherrschen. Diese kapitalistischen Konzerne (Sinnes usw.) bilden eine starke wirtschaftliche Macht, die ihren Einfluß auf den Staat und seine Regierung in jeder Weise geltend zu machen weiß. So wird denn auch die Politik der Regierungen der einzelnen Länder mehr oder weniger durch die Machteinwirkung der kapitalistischen Interessen beeinflusst. Dem Kampf um die Petroleum-, Erz- und Kohlenfelder ist neuerdings ein solcher um die Baumwoll- und Kautschukgebiete gefolgt.

Die Automobilindustrie hat sich in den letzten Jahren immer mehr ausgezehnt, am riesigsten aber in Amerika. So wird berichtet, daß Amerika allein 300 000 Tonnen Rohgummi im Jahre 1923 eingeführt hat = 70 Proz. des Weltverbrauchs. Die übrigen Industrieländer bleiben weit dahinter zurück. Frankreich hat 30 000, England 27 000, Deutschland und Oesterreich zusammen nur 20 000 Tonnen Rohgummi bezogen. Diese Kautschukmengen können nicht mehr aus den Urwäldern beschafft werden, aus welchen noch im Jahre 1900 der Weltbedarf gedeckt werden konnte. Man hat, um der Nachfrage zu genügen, in Ostasien Plantagen für die Anzucht des Gummibaumes errichtet, die bereits im Jahre 1912 eine Anbaufläche von 405 000 Hektar bedeckten. Die Besitzer sind englische und holländische Kapitalgesellschaften. Die Arbeiten in den Plantagen verrichten Malaien. Die Weltproduktion selbst betrug im Jahre 1923 388 000 Tonnen. England war daran mit 70, Holland mit 30 Proz. beteiligt. Durch die Massenverzeugung von Kautschuk konnte die Preisgestaltung nicht unberührt bleiben. Die Preise sind denn auch ständig zurückgegangen. Im Jahre 1910 stand der Preis auf 12,9 Schilling, im Jahre 1918 ging er zurück bis auf 4,3 Schilling und dann immer tiefer bis unter 1 Schilling.

Die Kapitalisten sahen nun auf Mittel und Wege, die Kautschukproduktion einzuschränken, um die Preise wieder hochzutreiben, und erreichten, daß im Jahre 1922 die englische Regierung ein Gesetz erließ, welches die Ausfuhr des einzelnen Pfunders über 60 Proz. hinaus mit einem Zoll belastete. Der Preis stieg infolgedessen wieder auf 1,6 Schilling. Mitte des Jahres 1923 fiel der Preis indes wieder auf 1 Schilling und darunter. Nun verständigte sich das englische Kapital mit dem holländischen, und man schränkte die Erzeugung ein. Da England ungefähr soviel Kautschuk erzeugt, wie Amerika bedarf, so wird in erster Linie Amerika durch die Maßnahmen getroffen. Die Amerikaner bemühen sich daher, die niederländisch-indischen Produktionsbetriebe in die Hände zu bekommen und dort die Produktion zu steigern. Außerdem versucht Amerika in Brasilien Kautschukquellen zu schaffen, was auch anscheinend gelingt. Ferner sollen Rohstoffkonzerne geschaffen werden, welche Erzeugung und Bedarf kontrollieren.

Monopole sollen bereits bestehen für Eisa, Salpeter, Jod, Kali, Zinn, Chinin, Quecksilber, Kaffee, Quebracho, Kautschuk und Guttapercha. Um diese Monopole zu bekämpfen, hat der Staatssekretär für Handel, Hoover, vorgeschlagen, Einkaufskonzerne zu schaffen.

Auf dem Gebiete der Baumwollherzeugung spielen sich ähnliche Kämpfe ab, hier ist England wieder von Amerika abhänig geworden. Der Konflikt mit Kautschuk wird hauptsächlich mit darauf zurückgeführt, daß der englische Einfluß auf den Baumwollmarkt durch die ägyptische Unabhängigkeitsbewegung stark gefährdet erscheint.

Diese Ausführungen sollen dazu dienen, unseren Lesern einen Einblick in das Treiben der wirtschaftlichen Mächte zu geben. Erst wenn man den Zusammenhang der in der Wirtschaft tätigen Kräfte klar zu erkennen vermag, kann man beurteilen, wie stark verankert das ganze privatkapitalistische System ist und welche Mittel erforderlich sind, es umzugestalten. Mit hochtönenden Worten kommt man diesen

Dingen nicht bei. Selbst wenn es durch fühne Tuschungen, die Gewalt zu ergreifen, so würde diese nicht lange behauptet werden können, wenn nicht schon vorher die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Diese sind an dieser Stelle schon oft genannt worden. Es ist Wissen, Bildung, die Entfaltung aller Volksgenossen zum großen, gemeinsamen Werte der Zukunft.

Die Monopolwirtschaft darf nicht bis in alle Ewigkeit, zum Vorteil privatkapitalistischer Minderheiten und zum Nachteil der breiten Massen der Völker forsorgeleert werden.

### Der Schluss der Auseinandersetzungen zwischen der Offenbacher Ortsverwaltung und dem Zentralvorstand.

Von der Ortsverwaltung Offenbach wurde der Redaktion dieses Blattes die nachfolgende Erwiderung auf die bisher im Verbandsorgan veröffentlichten Artikel in dieser Sache eingesandt. Wir haben dem Zentralvorstand die Entschcheidung darüber unterbreitet, ob dieselbe im Verbandsorgan veröffentlicht werden soll oder nicht. Der Zentralvorstand hat sich in seiner Sitzung vom 7. Januar eingehend mit dieser Sache beschäftigt und danach beschlossen, den Artikel der Ortsverwaltung Offenbach geg. Galm noch zu veröffentlichen und daran anschließend den Standpunkt des Gesamtverbandes in dieser Sache. Damit wird aber endgültig im Verbandsorgan Schluss gemacht mit diesen Auseinandersetzungen.

#### Gegen eine Heikel

Wir haben schon in Nr. 42 der „Verbandszeitung“ auf die durchaus unberechtigten Angriffe des Kollegen Blum ausführlich geantwortet und haben sofort beim Zentralvorstand Protest gegen die unkollegiale Art des Angriffs unseres Zentralvorstandes Einspruch eingelegt. Wir waren der Auffassung, dass, wenn irgendwo Differenzen zwischen Ortsverwaltung und Zentralvorstand ausgebrochen sein sollten, der Zentralvorstand als solcher mit der Ortsverwaltung in Verbindung zu treten hat.

Für uns als Ortsverwaltung kann der Angriff Blums immer noch nicht mehr als die Meinung einer einzelnen Person sein und wir hätten erwarten dürfen, wenn man im Interesse des Gesamtverbandes zu handeln vorgibt, daß die Redaktion unserer Zeitung die Diskussion über den Streitpunkt auf die bestmöglichen Stellen beschränken würde. Nachdem dies nicht geschehen ist und die Redaktion selbst solchen Kollegen das Wort erteilt, die von sich selbst behaupten, die Angelegenheit selbst nicht zu kennen, sehen wir uns erneut veranlaßt, zu der „erweiterten Kluch in die Öffentlichkeit“ etwas zu sagen.

Wir betonen ausdrücklich, daß diese unsere Meinungsäußerung ebenso einseitig wie geschlossen abgegeben wird (ohne Parteinterferenz) wie die Abwehr in Nr. 42 unserer Zeitung.

Die ganze Art der Aufmachung erweckt in uns den Eindruck, daß es sich um eine organisierte Heike gegen die Offenbacher Ortsverwaltung handelt. Die Ausführungen des Kollegen Drexelius, Hamburg, der in unserer Angelegenheit wie der Blinde von der Herde redet und dabei den freudigen Ausruf ausstößt: „Wa endlich!“ läßt erkennen, wie sehr sich manche auf eine Differenz gewartet haben. Wir wiederholen noch einmal, wenn Differenzen künstlich erzeugt werden, kann sich der Lauf dagegen wäh-

ren. Die Ortsverwaltung Offenbach erhebt vor dem gesamten Verband Verwahrung dagegen, daß man jedem gestattet, sich gegen Offenbach auszulassen. Die leidenschaftlichen Verusche, nach Offenbach „unhaltbare Zustände“ hineinzureden und hineinzuschreiben, werden sowohl von der Ortsverwaltung wie von der gesamten Mitgliedschaft fast einstimmig abgelehnt. Um keine falschen Schlüsse aufkommen zu lassen, machen wir bekannt, daß die Verfasser der Protestresolution von Heusenstamm, wie wir nachträglich feststellen konnten, zum Teil Nichtmitglieder und notorische Beitragsrückwähler gewesen sind. Der Kollege Blum hätte besser getan, sich die Sache auch einmal von der anderen Seite zu betrachten. Die Stellungnahme der Ortsverwaltung zu dieser Resolution lassen wir hier im Wortlaut folgen:

Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilier-Verband, Offenbach a. M.

#### Werte Kollegen!

Durch den Kollegen Ohlig ist uns ein Protest von euch in bezug auf die Haltung unseres „Mittlungsblattes“ übermittelt worden. Dazu haben wir folgendes im Auftrag der Ortsverwaltung zu sagen:

Wir sind es gewohnt, daß wir stets die Einwendungen unserer Mitglieder beachten, denn wir sind für diese und ihre Interessen da. Jedoch müssen wir euch darauf verweisen, daß ihr einen sehr schlechten Weg zur Anbringung eures Protestes gewählt habt. Ueber die Haltung des „Mittlungsblattes“ kann, das werdet ihr einsehen, weder eine einzelne Gruppe, noch ein einzelner Ort entscheiden, sondern die gesamte Mitgliedschaft. Die Zeitung untersteht der Mitgliedschaft und so dürfte euer Antrag zur nächsten Mitgliederversammlung anhängig zu machen sein. In der jetzigen Form ist es uns jedoch unmöglich, euren Antrag der Mitgliederversammlung vorzutragen, denn die im Auftrag ausgesprochene Drohung steht euch ins Unrecht.

Anträge, die statutenwidrige Drohungen enthalten, lehnt die Verwaltung einstimmig ab, zur Diskussion zu stellen.

Was die Drohung selbst anbelangt, so haben wir dazu zu sagen: Wer der Organisation den Beitrag sperrt, stellt sich außerhalb der Organisation und verliert alle Rechte, auch die der Kritik. Die Ortsverwaltung kann nicht dulden, daß ihr, wie angebrocht, handelt und sich die nötigen Maßnahmen dagegen treffen für den Fall, daß ihr euer Unrecht nicht einleht und die Drohung wahrmacht.

Ob ihr damit den von euch so sehr hervorgehobenen politischen SPD-Standpunkt hochhaltet, wagen wir zu bezweifeln, denn nach wie vor ist die Meinung der Parteien: Zusammenfassung, nicht Zerstückung der Gewerkschaften.

Es hat uns unangenehm berührt, daß zu der von uns einberufenen Versammlung in Heusenstamm überhaupt kein Kollege von euch erschienen ist, ein Teil sogar bis nachts spät gearbeitet hat. Wir meinen, daß Opposition anders sich äußern muß.

Zusammenfassend bitten wir euch, euch regsam an der Organisation zu beteiligen und durch Mitarbeit zu versuchen, den Kurs des Verbandes zu beeinflussen.

Wir hoffen auf weiteres Zusammenarbeiten und grüßen kollegial

J. A. Galm.

NB. In den nächsten Tagen werden wir erneut eine Versammlung für Heusenstamm einberufen. Wir hoffen, daß ihr für rege Teilnahme sorat.

Diese Einstellung der Verwaltung wurde von den Offenbacher Funktionären mit allen gegen 5 Stimmen durch folgende Entschließung gebilligt, die gleichzeitig auch zu weiteren Fragen abschließend Stellung nimmt:

#### Entschließung.

„Die Vertrauensmännerversammlung am Freitag, den 19. Dezember 1924, erhebt schärfsten Protest gegen die Anschuldigungen des Kollegen Blum in der „Sattler- und Portefeuilier-Zeitung“.

Nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse in der Offenbacher Verwaltungskasse kann sie in dem Artikel nur den Versuch sehen, die ruhige Entwicklung der Verwaltungskasse zu fördern. Die Vertrauensleute erwarten, daß der Zentralvorstand dafür Sorge trägt, daß bei zukünftigen Differenzen, bevor öffentliche Anklagen erfolgen, mit der Ortsverwaltung in Verbindung getreten wird.

Die verbandsschädigende Tätigkeit des Gauleiters Galm, Frankfurt a. M., wird mißbilligt und die Ortsverwaltung ermächtigt, beim Zentralvorstand die notwendigen Maßnahmen zur Abstellung dieser Tätigkeit zu beantragen.

Die Beschwerde der Heusenstammer Mitglieder der SPD, wird durch die Antwort der Verwaltung, die die Funktionärerversammlung durchaus billigt, als erledigt betrachtet.

Zur Abwehr und Klarstellung aller Verdicte einzelner Kollegen an den Kollegen Blum spricht die Funktionärerversammlung der Verbandsleitung ihr Vertrauen aus.

Wir erfinden die Kollegen im Reiche, sich nicht in eine künstliche Stimmung gegen Offenbach treiben zu lassen. Wir müssen es aber für die Zukunft ablehnen, auf jeden Angriff, besonders in der „Verbandszeitung“, zu antworten. Wir sagen nur das eine mit allem Nachdruck: Kehre jeder vor der eigenen Tür! Die Offenbacher Mitgliedschaft wird vor ihrer selbst stehen.

Zur Wichtigstellung einiger grober Unwahrheiten stellen wir noch folgendes fest:

1. Die „Mittlungen“ der Ortsverwaltung Offenbach sind Angelegenheiten der Offenbacher Mitglieder. Nach außerhalb werden keine „Mittlungen“ fast ausschließlich nur auf Wunsch geschickt.
2. Der Zentralvorstand erhält ab Nr. 4 nach jeder Drucklegung Exemplare unangefordert zugeschiedt. Auch Nr. 6 ist entgegen einer anderen Mitteilung in Nr. 1 der „Verbandszeitung“ bereits am 17. Dezember 1924 an den Zentralvorstand abgegeben.
3. Die Ortsverwaltung Offenbach gibt ein „Mittlungsblatt“ für ihre Mitglieder und keine Zeitung heraus.
4. Der Artikel „Unmögliche Potent“, den der Kollege Blum unmittelbar an unsere Abwehr geknüpft hatte, beweist die Korrektheit der Haltung der Offenbacher Ortsverwaltung. Wir werden im Bedarfsfalle dies Zug um Zug beweisen.

Die Ortsverwaltung Offenbach. J. A. Galm.

### Zadwissen und Raumkunst.

(Nachdruck verboten.)

#### Die italienische Renaissance-Ornamente.

Bei keinem anderen Stil als dem der italienischen Renaissance hat das Ornament eine so vielseitige Ausbildung und reichliche Anwendung erfahren, — kein Wunder also, daß das italienische Renaissanceornament und seine Nachläufer im Tapezierer seit langem die Hauptrolle spielten und mit zeitweiligen Unterbrechungen immer wieder darauf zurückgegriffen werden wird, zumal kein anderer Stil so zahlreiche und mannigfache, dabei vorwiegend gefälligere Motive in außerordentlicher Verschiedenheit der Durchbildung aufweist und sich durch eine solche Lebhaftigkeit und Beweglichkeit der Ornamente auszeichnet. Die intime und zugleich prächtige, oft prunkvolle Wirkung des italienischen Renaissanceornaments macht es für den Stoff- und Tapezierer nachgerade unerlässlich. Im Vorkriegsmittel usw. treten uns die Gebilde und Grundformen des italienischen Renaissanceornaments gleichfalls außerordentlich häufig entgegen. Die Schmuckform oder Dekoration steht in der italienischen Renaissance in einem viel toleranteren Verhältnis zum struktiven Bau als in den Werken der Gruppe der organischen Stile, vor allem der griechischen. Gerade aber weil die Schmuckform der italienischen Renaissance nicht aus einem Gedanken herausgewachsen ist mit der Baukonstruktion, sondern sich dieser nur äußerlich anfügt, ist sie, wie wir es auch schon beim römischen Stil sahen, einer reicheren Durchbildung

im ganzen wie in einzelnen Teilen, ohne Aufhebung des losen Zusammenhanges mit dem Gesamtornament des Baues, fähig. Im Gegensatz zum griechischen und gotischen Stil war bei der Renaissance, dem abgeleiteten Stil, jene freie Behandlung möglich, durch welche die Renaissance als Dekorationsstil eine so große Bedeutung gewann. Bei ihr entbringt die Herrschaft des Ornamentes und dessen hohe Ausbildung einem äußerst lebhaften Drange zum Hieron und der Renaissancekünstler gibt gegenüber dem Bildner der Antike dem Werke ein bedeutendes Mehr von Hierformen, er bildet die Formen ihrer Schönheit zuliebe und mit durchaus heiterem Gepräge. Die Ornamente sind wie struktiven Formen dieser Renaissance sind weder sichtlich noch profan gedacht, sondern nur im Geiste heiterer Schönheit erdunten, dem freilich der Höhe Ernst der Antike und des Mittelalters fehlt. Im 16. Jahrhundert tritt die Dekoration allmählich mit größerer Berechnung auf und der Zierrat wird mehr in das Innere, in die Räume und wird einestweils mehr beschränkt und vernünftiger, andererseits drängt er sich mit der struktiven Architektur selbständiger auf, um sich endlich im Barockstil immer mehr mit derselben zu vermischnen. Dabei verliert er an Lebendigkeit und Anbänglichkeit und wird bei geringerem Reichtum der Motive schwerer und erstarrt als in der Frührenaissance. Die italienische Renaissance ist, wie überhaupt vom Stil der Antike, in ihrer Blütezeit insbesondere von jenen der dekorativen Erzeugnisse, die das Altertum in Italien hinterlassen hat, angeregt, trug aber außer-

dem selbständig eine große Anzahl Motive aus der umgebenden Natur, aus dem Bereiche des heidnischen und christlichen Kultus, des profanen Lebens usw. hinzu. Die Betonung des Ornamentes im Zusammenhang mit der Architektur als Ausdruck staltiger Verordnungen oder Dienste ist nur dort erhalten, wo ganze Architekturteile mit ihren Gesimsen, Kapitellen, Basen usw. aus der Antike mehr oder weniger verändert übernommen sind; das Ornament erscheint da, eben wie schon in der Antike der Fall war, weniger frei und damit weniger reich in der Verwertung der Motive gebildet und damit auch für den Renaissancestil weniger charakteristisch. Nur das Säulen- und Pilasterkapitel der Frührenaissance nimmt in seiner vielfältigen Ausbildung eine ganz selbständige Stellung ein. Die wichtigsten Aufsichtsstellen für das Renaissanceornament in der Außen- und Innenarchitektur wie beim Möbel sind die unrahmten Flächen verschiedenster Form, in denen das Ornament nach den Gesetzen der Symmetrie, der organischen Entwicklung und der Abgewogenen, aber nicht leppichmäßigen Verteilung in einem engen Abhängigkeitsverhältnis zu der zu schmückenden Fläche sich äußert, und mehr von der Form der zu schmückenden Fläche als von dem Wesen des Architekturteiles bestimmt. Der Durchbildung der unrahmten Fläche folgt auch die Durchbildung künstlerische Ausgestaltung oder Verjüngung des Rahmewertes, und der Scheinorganismus vom Rahmen und Umrahmten in der Architektur erfährt jetzt eine entsprechende Bedeutung durch das Ornament. Den größten Einfluss

Zur Offenbacher Debatte.

Die in der letzten Zeit in unserem Verbandsorgan geführte Debatte zwischen der D.-B. Offenbach, bzw. Galm und Blum, war in der Sitzung des Verbandsvorstandes am 6. Januar Gegenstand einer ausführlichen Aussprache. Ebenso standen auch die eingelassenen Protestschreiben der D.-B. Offenbach zur Debatte.

Hierzu haben wir folgendes zu bemerken: Der einleitende Artikel des Kollegen Blum in Nr. 40 und die Antwort auf den Artikel Galm sind eine persönliche Meinung des Kollegen Blum. Aus diesem Grunde ist auch die Unterzeichnung als „Verbandsvorsitzender“ unterblieben. Aber auch dann, wenn er als Vorsitzender des Verbandes diese Artikel gezeichnet hätte, wäre ihm ein Vorwurf daraus nicht zu machen, weil er die Verpflichtung hat, die berechtigten Interessen der Gesamtmitgliedschaft zu wahren.

Einen Vorwurf gegen Blum zu erheben, weil er sich nicht vor Erscheinen des Artikels: „Unhaltbare Zustände“ an die D.-B. Offenbach gewandt hat, muß abgelehnt werden. Die Offenbacher „Mitteilungen“ sind Druckerzeugnisse, welche eine Zeitung ersetzen sollen und werden an sämtliche Mitglieder in Offenbach abgegeben. Auch über Offenbach hinaus kommt dieses Blatt zur Verteilung, dabei ist es gleichgültig, ob dasselbe auf Antrag oder unaufgefordert zugestellt wird. Hierdurch ist diese periodische Druckschrift, welche allmonatlich erscheint, ein öffentliches Organ, wenn auch nur für einen Teil des Verbandes. Sofern in einer solchen Druckschrift Verbandsfragen behandelt und auch andere Gewerkschaftsinstanzen in die Debatte gezogen werden, hat der Vorsitzende des Verbandes die Pflicht, dem Leserkreis der „Mitteilungen“ die Dinge so darzustellen, wie sie im Interesse des Verbandes anzusehen sind. Er kann sich hierzu nicht erst die Genehmigung der D.-B. Offenbach bzw. des Kollegen Galm einholen. Es ist auch dem Kollegen Galm bisher nicht eingefallen, vor der Herausgabe seiner Artikel sich mit dem Vorstand in Verbindung zu setzen.

Kollege Blum erklärt dem Vorstand gegenüber, daß die so oft erhobene Behauptung des Kollegen Galm, daß er (Blum) auf Grund von Informationen Dritter seine Artikel geschrieben habe, völlig unhaltbar ist. Ein Vergleich der „Mitteilungen“ mit den Artikeln beweist, daß sich Blum eng an den Rahmen der „Mitteilungen“ gehalten hat. In bezug auf die Differenzen mit dem Kartell und dem Austritt aus demselben ist der Gesamtvorstand auf dem laufenden gewesen und daher auch Blum. Blum erklärt außerdem auch keinerlei Informationen erhalten zu haben.

Der Vorstand muß auch den Redakteur Becker gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß er anderen unbeteiligten Kollegen das Wort in dieser Sache gegeben habe. Die Interessen der Offenbacher Mitglieder und die Form, in der diese wahrgenommen werden, können nicht abgetrennt werden von den Interessen der Gesamtmitgliedschaft und unterliegen somit der öffentlichen Kritik. Die Bemerkung des Kollegen Galm: „Daß jeder vor seiner Tür lehren möge, Offenbach werde auch nur vor seiner eigenen Tür stehen“, muß entschieden zurückgewiesen werden, weil sie allen gewerkschaftlichen und demokratischen Grundfragen widerspricht.

Auf das allereinstimmigste muß der Vorwurf einer systematisch gegen Offenbach eingeleiteten Heiße abgelehnt werden. Der Gesamtvorstand ohne jede Ausnahme hat immer zu erkennen gegeben, daß er

auf das Ornament übte die volle Beherrschung der jeweilig für die Darstellung desselben gewählten Technik; die verschiedensten Materialien und Techniken wurden in der Renaissance herangezogen. Gewisse sich aus Material und Technik ergebende Bedingungen führten auch in der Gesamterleuchtung der ornamentierten Gegenstände zu verschiedenen, den Stil der italienischen Renaissance charakterisierenden Eigenheiten. Die italienische Renaissance steht in dieser Beziehung mitten zwischen der Antike, die der Form volle Herrschaft über das Material einräumt, und dem Stille primitiver Hausindustrie, der sich ganz aus der Technik herausbildete. So ist hier wie in der Architektur das Flach- und Reliefornament in verschiedener für die spätere Zeit und unser ganzes modernes Kunstgewerbe vorbildlicher Weise zur Ausprägung gekommen. Das Flachornament, d. i. die auch für den Textildruck und den Tapetenruck in Betracht kommende Bezugsart, ist vorzugsweise auf den Umriß, die charakteristische Grenzform angewiesen, steht aber gleichwohl in der italienischen Renaissance im Gegensatz zum antiken Flachornament, dem Reliefornament im Ausdruck um vieles näher. Das Flachornament verlangt außer einer bestimmten anstehenden Umrißzeichnung der Ornamentfigur eine überflüssige Verteilung der nicht durch Modellierung abgesetzten Rassen und zeichnerischen Hauptpartien.

den fehnlichsten Wunsch hat, mit der Offenbacher Mitgliedschaft in gutem Einvernehmen zu leben und läßt sich nur von diesen Gesichtspunkten leiten.

Die Veranlassung zu dem Artikel: „Unhaltbare Zustände“ ist allein in dem Umstande zu suchen, daß die Offenbacher „Mitteilungen“ sich mit allen möglichen Verbandsfragen und politischen Dingen beschäftigten. Wären die „Mitteilungen“ im Rahmen dessen geblieben, wie vor Jahren Berlin, Dresden und Hamburg solche herausgegeben haben, die sich nur auf reine örtliche Verbandsmitteilungen beschränkten, so wäre ein Anlaß zum Einschreiten nicht gewesen. Nachdem man aber alle Instanzen der Arbeiterbewegung, den DGB, den Ortsausschuß, Saalbaukommission, den Verbandsvorstand usw., in den Bereich der Galm'schen Kritik gezogen hatte, wurde die Offenbacher Interessensphäre überschritten und erforderte gebieterisch eine deutliche Antwort.

Die Art der Aufmachung der „Mitteilungen“ mußte dazu beitragen, die Kluft zwischen Berlin und Offenbach zu vergrößern, statt sie zu verkleinern.

Die kommentarlose Veröffentlichung des Heusenstammer Briefes ist nach der Erklärung des Kollegen Blum nur erfolgt, um Galm zu zeigen, wohin der Weg unter Umständen führen kann, nicht aber aus der Absicht, die Heusenstammer Kollegen in ihren Drohungen zu unterstützen. Die Beurteilung, welche diese Kollegen durch Kollegen Galm jetzt erfahren, können wir nicht nachprüfen, steht aber in einem gewissen Widerspruch zu einem Bericht, den Blum, gestützt auf Erklärungen Galm's, in der Sitzung vom 25. September von Offenbach mitbrachte, wonach die Organisationsverhältnisse auf dem Lande keinen Anlaß zu Klagen geben.

Der Gesamtvorstand ist sich mit dem Redakteur darin einig, daß es besser sei, den wenigen Raum des Hochorgans für andere, den Mitgliedern mehr nützliche Arbeiten freizugeben, aber es muß auf der anderen Seite erst einmal ehrlich gezeigt werden, daß man diesen Frieden auch will.

Diesen Frieden erreicht man nicht, wenn man für sich das Recht beansprucht, die ganze Welt und vieles, was den Arbeitern lieb geworden ist, zu kritisieren und diejenigen, welche sich ehrlich dagegen wehren, als Heher verleumdend. Man darf niemandem Vorschriften für sein Verhalten machen, wenn man selbst nicht daran denkt, solche Regeln zu befolgen. Die Antwort, die die D.-B. Offenbach an die Heusenstammer Kollegen gibt, und die Stellung der D.-B. zum Ortsausschuß zeigt, wie weit wir noch vom Ziele sind.

Um auf den Weg der Verständigung zu kommen, muß die Offenbacher Mitgliedschaft nachprüfen, ob die „Mitteilungen“ jetzt noch notwendig sind, nachdem unsere Zeitung heute wieder an alle Mitglieder abgegeben wird.

Wird die Notwendigkeit der Herausgabe aber festgestellt, dann muß der Verbandsvorstand verlangen, daß diese Mitteilungen sich auf rein örtliche Organisationsfragen beschränken und in eine Kritik gegen die Verbandsinstanzen und sonstige Einrichtungen der Arbeiterbewegung nicht treten dürfen.

Der Verbandsvorstand.

Gewerkschaften, Sozialistische Internationale und Abrüstung.

Anlässlich der vom 3. bis 5. Januar in Brüssel stattfindenden vereinigten Konferenz der Exekutive der sozialistischen Internationale und des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat die Internationale der Kriegsdienstkämpfer, Sitz London, die 32 Organisationen in 17 verschiedenen Ländern (Deutscher Zweig: Bund der Kriegsdienstkämpfer, Berlin C 54, Gipsstr. 16, bei Kallisch, Druckloschen) umfaßt, zwei wichtige Memoranden betreffend die Abrüstung an sämtliche Teilnehmer der Brüsseler Konferenz gerichtet.

Die Internationale der Kriegsdienstkämpfer hat in diesen Memoranden die Aufmerksamkeit der sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft auf zwei Faktoren lenken wollen, die für die Befriedung der Welt und die allgemeine Abrüstung von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Das erste Memorandum wendet sich gegen die Vorbereitungen zu dem zukünftigen Ostkrieg, an denen in erster Reihe, wenn auch leider erst unbewußt, die Arbeiterschaft beteiligt ist. Es macht darauf aufmerksam, daß der zukünftige Ostkrieg vor allem die Industriegegenden treffen und große Städte ohne jede Schonung der Zivilbevölkerung auf entsetzliche Weise vernichten würde. Eine Verteidigung gegen solche Kriegsführung wäre völlig ausgeschlossen. Daher sei es dringend notwendig, daß die gesamte Arbeiterschaft eine Beteiligung an den Vorbereitungen mit allen Mitteln ablehne und bekämpfe.

Das zweite Memorandum macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, daß die gewerkschaftlich und sozialistisch organisierte Arbeiterschaft in allen Ländern, in denen die Wehrpflicht noch besteht, den Kampf gegen sie energisch aufnehme. Welche Kreise der Arbeiterschaft leben ein, daß die Wehrpflicht nur

noch innerpolitischen, d. h. reaktionären Zwecken diene und daß eine große Gefahr darin besteht, daß die moderne Kriegsführung eine Ergänzung der Wehrpflicht durch Einführung der Arbeitsdienstpflicht erfordern wird. Viele Arbeitsdienstpflicht würde aber einer vollständigen Anhebung der Arbeiterschaft gleichkommen, die des Streikrechtes beraubt und den Kriegszustand zur Permanenz erheben.

Es ist sowohl vom Standpunkte der Arbeiterschaft als von dem der Befriedung der Welt zu hoffen, daß die Brüsseler Konferenz die Ausräumung der Internationalen der Kriegsdienstkämpfer berücksichtigen wird und die Arbeiterschaft im Bewusstsein ihres Einflusses auf das Weltgeschehen handelt.

Die neuen Höchsthöhe in der Erwerbslosenfürsorge.

Ab 15. Dezember sind die Höchsthöhe wie folgt festgesetzt:

Table with columns: Wirtschaftsgebiet I (Osten) per Wochentag, in den Erstklassen, A, B, C, D u. E. Rows include categories for men and women over 21 and under 21, family allowances, and similar data for Wirtschaftsgebiet II (Mitte) and III (Westen).

Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Fall folgende Beträge übersteigen:

Table with columns: im Wirtschaftsgebiet I (Osten), A, B, C, D u. E. Rows include categories for men and women in different economic regions.

Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitslohn vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunterstützung), nicht übersteigen.

Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinsamen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweifelhafte der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt in diesem Sinne als ihr Mitglied.

Sind Pfennigbeträge auszusahlen, die nicht durch fünf teilbar sind, so können sie auf den nächsthöheren durch fünf teilbaren Betrag aufgerundet werden.

Mit dem Inkrafttreten dieser Anordnung über die Höchsthöhe tritt die Anordnung vom 9. August 1924 außer Kraft.

Vorausichtlich bleiben diese Höchsthöhe für eine geraume Zeit in Geltung.

